

2. Zwischenbericht zum Projekt der UOKG

Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der SBZ/DDR

1945 bis 1990

Sehr geehrte politische Häftlinge der SBZ/DDR,

Sehr geehrte Vertreter von Wirtschaft, Politik und Presse.

Am 31. Januar 1865, also vor genau 150 Jahren verbot der 13. Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika die Sklaverei. Bei genauem Hinsehen war dieses Verbot kein reiner Akt der Humanität. Die Nordstaaten brauchten im Bürgerkrieg dringend Soldaten. Und wer kämpft besser als ein Soldat, der um seine eigene und die Freiheit seiner Kinder kämpft. Doch ohne die Bürgerrechtsbewegung der Abolitionisten, die schon seit Jahrzehnten für die Befreiung der Sklaven gestritten hatten, wäre wohl auch in einer solchen Situation niemand auf diesen Gedanken gekommen, der die gesamte Wirtschaft der Vereinigten Staaten – so würden wir heute sagen – vor schwere Herausforderungen stellte.

Als unbeabsichtigte Folge des Sklaverei-Verbotes entstanden in vielen Ländern der Erde wirtschaftlich orientierte Systeme der Zwangsarbeit. Es brauchte wiederum 60 Jahre, bis der Völkerbund in einem internationalen Abkommen im Jahr 1926 die meisten Formen von Zwangsarbeit untersagte und das Ziel proklamierte, Zwangsarbeit in jeglicher Form abzuschaffen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in der Unternehmer und Arbeitnehmer bis heute das Menschenrecht der Arbeitsfreiheit praktisch ausgestalten, stellte sich das damals durchaus erreichbare Ziel, im Jahr 1935 die Zwangsarbeit vollständig abzuschaffen.

Es kam, wie wir alle wissen, anders. Die frühe Sowjetunion übernahm das System von Verbannung und Zwangsarbeit aus dem Zarenreich und baute es zu einem wirtschaftlichen Imperium und Instrument der politischen Repression in gigantischen Dimensionen aus. Deutschland entwickelte ein dreifaches System, das der wirtschaftlichen Ausbeutung, politischen Repression und – als unvergleichliche Besonderheit – der Vernichtung durch Arbeit diente.

Juristisch wurde die Zwangsarbeit des Nationalsozialistischen Deutschland nach dessen Ende wenigstens zum Teil aufgearbeitet (Slave-Labor-Urteile in den Nürnberger Prozessen). Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennt sich bis heute zum Menschenrecht der Arbeitsfreiheit (Art. 12). Zwangsarbeit trifft bis heute Menschen, für die ein Freiheitsentzug gerichtlich angeordnet wurde, umgangssprachlich: Häftlinge. Doch unterliegt dieses Recht des Staates, Zwangsarbeit anzuordnen, engen Beschränkungen: Sie muss mit der Würde des Menschen vereinbar sein, soll der Resozialisation dienen und dem Freiheitsentzug eine menschliche Dimension geben.

Historisch ist die nationalsozialistische Zwangsarbeit inzwischen gut erforscht, obwohl es auch hier noch weiße Flecken gibt (z.B. Arbeitserziehungslager). Die Frauen und Männer, die im nationalsozialistischen Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, warteten zum größten Teil jahrzehntelang auf eine Anerkennung ihrer Leiden oder gar eine Entschädigung.

Im neuen sowjetischen Machtbereich nach 1945, der nun bis an die Elbe und im Süden bis an die Türkei heranreichte, wurden neue Lagersysteme der Zwangsarbeit geschaffen. Zu diesem Urteil kam der Report of the Ad Hoc Committee on Forced Labour der Vereinten Nationen im Jahr 1953, nachdem das Committee hunderte von Gesetzestexten analysiert und Zeitzeugen befragt hatte. So hieß es beispielsweise im Gesetz Nr. 247 der Tschechoslowakei vom 25. Oktober 1948: „Damit den in Art. 2 genannten Personen die Arbeit als bürgerliche Pflicht beigebracht wird und damit ihre Arbeitsfähigkeit zum Vorteil der Gesamtheit gebraucht wird (Art. 32 der Verfassung), werden Zwangsarbeitslager eingerichtet, im folgenden kurz ‚Lager‘ genannt. ... Die in die Lager eingewiesenen Arbeiter sollen mit Arbeiten beschäftigt werden, die vom Staat, nationalen Körperschaften oder örtlichen Verwaltungsbehörden in Ausführung des allgemeinen Wirtschaftsplanes unternommen werden.“ Ähnliche Gesetzestexte fand das Ad Hoc Committee on Forced Labour der UN für Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn und die DDR. Dabei wurde durchaus wahrgenommen, dass die Zwangsarbeit in der Verfassung der DDR und einschlägigen Gesetzen verschämt mit „Arbeitserziehung“ umschrieben wurde.

Schaut man in die Debatten des Bundestages, Berichte des „Spiegel“ und in die sonstige Presse, dann wurde die DDR-Zwangsarbeit bis in die 1960er Jahre im Westen deutlich benannt und verurteilt. In den 1970er Jahren erlosch das

westliche Interesse am Systemunrecht der Zwangsarbeit in der DDR weitgehend. Die wenigen Konzerne und Handelsketten, die in der DDR nicht einkauften oder wenigstens spezielle Aufträge stornierten, weil ihnen die Zwangsarbeit bekannt geworden war, lassen sich bisher an einer Hand abzählen. Stattdessen profitierten westliche Versandhäuser von billigen Produkten, die von Häftlingen unter höchstem Normdruck auf verschlissenen Maschinen oftmals unter Gefahr für Leib und Leben hergestellt wurden. Besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Flauten suchten westliche Konzerne neue Absatzchancen im Osten und kauften im Gegenzug DDR-Produkte, von denen bekannt war, dass an den schlimmsten und gesundheitsgefährdensten Stellen der Produktionskette Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Die DDR-Häftlinge ruinierten ihre körperliche und psychische Gesundheit in den Chlorfabriken in Bitterfeld und Buna, in den Stahlwerken, Braunkohletagebauen, im Kupfer und Steinkohlebergbau.

Heute haben sich viele Firmen verpflichtet, keine Produkte zu kaufen, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Dies ist zweifellos ein Fortschritt. Er nimmt diese Firmen aber auch in die Pflicht, ihre eigene Vergangenheit oder die der von ihnen vertretenen Marken aufzuarbeiten.

Das wenigstens ist geschafft: Wir können diese Dinge heute öffentlich beim Namen nennen. Fernsehen, Radio und die Printmedien berichten immer wieder über die Leiden der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der DDR. Die Kritiker, die noch vor einem Jahr Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen für eine völlig normale Sache hielten, die es ja schließlich auch in der Bundesrepublik gäbe, melden sich nicht mehr öffentlich zu Wort. Die Forschungsergebnisse von Tobias Wunschik (Knastware für den Klassenfeind) und Christian Sachse (Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur) haben die öffentliche Wahrnehmung verändert.

Es bleibt aber noch viel zu tun. Nachdem die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft im Juni 2014 ihren Forschungsbericht präsentiert hatte, entstanden bei einigen Häftlingen große Hoffnungen, es würde bald zu Zahlungen von Entschädigungen oder Erleichterungen bei der Ankerkennung von gesundheitlichen und seelischen Folgen kommen. Hoffnungen dieser Art, so zeigt es die bisherige Geschichte deutlich, erfüllen sich nicht von allein. An der Umsetzung arbeitet ein kleines Team der UOKG.

Unterstützt werden wir von einigen wenigen engagierten Journalisten, sehr zurückhaltend von einigen Politikern und von einem Konzern (IKEA). Mit Vertretern der Wirtschaft haben sich einige Gespräche ergeben. Wir haben auch Verbündete in den Institutionen der DDR-Aufarbeitung gefunden. Doch viele der ehemaligen politischen Häftlinge haben ein Alter erreicht, in dem die Zeit drängt. Viele sind der jahrelangen Kämpfe überdrüssig, haben resigniert und sich zurückgezogen. Bei einigen reicht die Verdrossenheit so weit, dass sie sich radikalen politischen Strömungen zuwenden. Wir müssen also vorankommen.

4

Über die Arbeit des letzten Jahres möchte ich im Folgenden berichten:

Seit Mai 2014 arbeiten neben Dr. Christian Sachse an dem Projekt „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der SBZ/DDR“ Rechtsanwalt Roland J. Lange (Teilzeit) und Judith Kreße (Hilfskraft in Teilzeit) mit. Wir versuchen, möglichst gleichzeitig und gleichmäßig in fünf Feldern, die sich gegenseitig stützen und verstärken sollen, aktiv zu sein. Diese Felder sind:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Kontakt mit ehemaligen politischen Häftlingen
- Sammlung von Daten und Zeitzeugenberichten
- Gespräche mit Konzernen und Vertretern der Wirtschaft
- Gespräche mit Politikern

Ziel aller Aktivitäten bleibt es, eine Kompensation für die Zwangsarbeit der politischen Häftlinge zu erreichen. Wir denken dabei an finanzielle Zuwendungen, erleichterte Bedingungen für körperlich Geschädigte und ein System von Beratung und Lebenshilfe für die Bewältigung der bis heute andauernden psychischen Folgen. Die Ausgestaltung dieser Hilfen sollte im Dialog zwischen den Opferverbänden, der Politik und Wirtschaft verhandelt werden.

1. Öffentlichkeit

Ohne öffentlichen Druck sind diese Forderungen nicht durchzusetzen. Es reicht nicht, auf die Gutwilligkeit von Vertretern aus Politik und Wirtschaft, die es zweifellos auch gibt, zu vertrauen. Aus diesem Grund arbeiten wir intensiv mit Journalisten zusammen. Einige Zeitungen haben wertvolle neue Erkenntnisse aus einzelnen Regionen abgedruckt. Report/Mainz, Deutschlandradio Kultur und Bayern 2 haben mehrfach über die Zwangsarbeit in der DDR berichtet. In

Vorbereitung sind zwei Ausstellungen über die Zwangsarbeit politischer Häftlinge. Eine Ausstellung wird von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt gestaltet. Sie soll besonders die Strafvollzugseinrichtungen Magdeburg, Naumburg, Halle/Saale („Roter Ochse“ und „Frohe Zukunft“), das Jugendhaus Dessau sowie die Haftarbeitslager und Arbeitserziehungskommandos u.a. in Athensleben, Morgenröthe, Volkstedt, Bitterfeld, Raßnitz in den Blick nehmen. Jeder dieser Einrichtungen werden die nutznießenden Betriebe, wie sie aus Zeitzeugenberichten und DDR-Dokumenten zu entnehmen sind, zugeordnet. Auf diese Weise entsteht ein erfahrbares regionales Bild vom System der Zwangsarbeit in der DDR. Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., das die Cottbuser Häftlinge vertritt, hat ein ähnliches Konzept. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehören auch Tagungen, auf denen Zeitzeugen über ihre Erfahrungen sprechen können oder besondere Aspekte thematisiert werden. Dazu fanden im letzten Jahr mehrere Tagungen statt. Wichtig war die Auftaktveranstaltung „Wir reden über Zwangsarbeit!“ der UOKG im September 2014. Es folgte ein Symposium zu den rechtlichen Fragen an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, das von RA Prof. Dr. Johannes Weberling veranstaltet wurde. Der Tagungsband soll im Mai 2015 erscheinen. Im November folgte eine Tagung des Halle-Forums, zu dem sich traditionell politische Häftlinge aus Sachsen-Anhalt treffen. Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit war zweifellos die Entschuldigung, die Dr. Rüdiger Grube im Namen der Deutschen Bahn an die politischen Häftlinge der DDR aussprach. Eine solche Entschuldigung ist mehr als ein Symbol. Sie zeigt, dass unsere Forderungen in die Welt der Wirtschaft vordringen – wenn auch der Weg zu einem Ergebnis noch weit ist. Die Bahn hat inzwischen ein eigenes Forschungsprojekt auf den Weg gebracht, das die Arbeits- und Haftbedingungen der Zwangsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn der DDR in die Öffentlichkeit bringen soll. Schließlich hat die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, das die Zwangsarbeit anhand der Häftlingskarteien im Bundesarchiv untersuchen soll.

Angesichts dieser Aktivitäten werden wir mitunter ermahnt: „Lasst es jetzt aber mal gut sein.“ Wir sehen die Sache anders: Die Bedingungen der Zwangsarbeit in den unterschiedlichen Industriebereichen haben unterschiedliche Schäden an Körper und Geist hervorgerufen. Die Arbeit mit schwermetallhaltiger und

schwach radioaktiver Schlacke hatte andere Folgen als eine Quecksilbervergiftung in Bitterfeld oder körperliche Schwerstarbeit beim Gleisbau und in den Stahlwerken der DDR. Erst wenn das menschenverachtende System im Detail bekannt ist, wird die Gesellschaft unsere Forderungen verstehen.

2. Kontakt

Um diese Details kennenzulernen, suchen wir das Gespräch mit den ehemaligen politischen Häftlingen. Viele haben die Erfahrung gemacht, dass sie ihre Erlebnisse während der Haft kaum jemanden mitteilen können. Erzählungen über das Leben in einem Haftarbeitslager und die Arbeitsbedingungen sind so weit weg von unserem heutigen Leben, dass sie oft als unglaubwürdig oder übertrieben abgetan werden. Werden aber die Berichte über die damaligen Bedingungen als unglaubwürdig eingestuft, dann werden alle weiteren Folgen – bis hin zu Berufskrankheiten – nicht mehr anerkannt. In einer solchen Situation, die vermutlich jeder politische Häftling schon mehrfach erlebt hat, ist es wichtig, das Gespräch zu suchen. Viele Häftlinge rufen an, um ihre Lebensgeschichte zu erzählen, sie schicken Mails oder Briefe. Mehr als 300 Kontakte sind auf diese Weise zustande gekommen. Beraten können wir selbst nicht, aber Beratung vermitteln. Mit diesen Kontakten entsteht ein Ort der Akzeptanz, der manchem aus einer Krisensituation über die nächste Zeit hinweg geholfen hat. Wenn uns die Gesprächspartner die Erlaubnis geben, dann nutzen wir diese Gespräche auch, um Informationen über bestimmte Haftstätten und die nutznießenden Betriebe aufzunehmen.

3. Daten und Zeitzeugenberichte

Inzwischen haben wir knapp 400 ausgefüllte Fragebögen gesammelt, die einer strengen Vertraulichkeit unterliegen. Aus ihnen können wir inzwischen für einige Bereiche der Zwangsarbeit genaue Auskünfte über die Produkte, nutznießenden Betriebe und Arbeitsbedingungen erschließen. Doch eine einfache Rechnung zeigt, dass damit die Arbeit nicht erschöpft ist. Verteilt man die 400 Wortmeldungen auf die 40 Jahre DDR-Geschichte, dann haben wir 10 Berichte pro Jahr. Das reicht nicht für alle Haftstätten und die 20.000 bis 50.000 Häftlinge die in jedem Jahr das System durchliefen. Soweit es die Zeit erlaubt, forschen wir deshalb in den Archiven nach DDR-eigenen Listen mit Haftstätten und Betrieben, so dass unser Überblick zwar sehr langsam aber sicher immer

vollständiger wird. Etwas über 2.600 Angaben haben wir auf diese Weise zusammenbekommen.

4. Wirtschaft

Diese Daten dienen uns als Argument in unseren Gesprächen mit der Wirtschaft. Vielfach wird uns entgegengehalten, dass Firmen über keine Unterlagen mehr verfügen, dass niemand mehr da ist, der damals vor 25 bis 70 Jahren Verantwortung trug. Wenn wir dann zeigen können, wie es war, haben wir größere Chancen, dass unsere Vorstellungen akzeptiert werden.

Unsere Gespräche mit der Deutschen Bahn haben dazu geführt, dass Bahnchef Grube auf einer Zusammenkunft politischer Häftlinge um Entschuldigung gebeten hat. Er hat ein Forschungsprojekt angekündigt und diese Ankündigung wahrgemacht. Weiter sprechen werden wir verabredungsgemäß, wenn die Deutsche Bahn ihr Projekt beendet hat, was noch in diesem Jahr geschehen soll.

Ein weiteres Gespräch haben wir mit Vattenfall Deutschland geführt. Vattenfall hat mit der Zwangsarbeit in der Braunkohle insofern zu tun, als der Konzern über Zwischenschritte nun Eigentümer von ehemaligen DDR-Betrieben ist, die immens von der DDR-Zwangsarbeit in den Tagebauen und Brikettfabriken profitiert haben. Ähnlich wie die Deutsche Bahn, die ja auch nicht für das DDR-Unrecht verantwortlich zu machen ist, sollte sich Vattenfall seiner Firmengeschichte stellen. Vattenfall hat sich auch inzwischen bemüht, Dokumente in Firmenarchiven zu finden, die die Situation in den ehemaligen DDR-Betrieben erhellen können. Solche Akten werden dann besonders wichtig, wenn Häftlinge die Spätfolgen der Zwangsarbeit nachweisen müssen. Leider waren die Nachforschungen nicht von Erfolg gekrönt. Das muss aber nicht an Vattenfall liegen. Auch in ehemaligen DDR-Betrieben wurden fleißig Akten vernichtet. Nun steht der Verkauf der Braunkohlensparte von Vattenfall im Raum. Wir machen uns Sorgen, dass das begonnene Gespräch mit einem neuen Eigentümer an den Anfang zurückgeworfen wird. Aus diesem Grund haben wir uns – da Vattenfall ein Staatskonzern ist – an den schwedischen Ministerpräsidenten, das schwedische Königshaus und an das Management von Vattenfall Schweden gewandt, die Sache noch möglichst vor einem Verkauf zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen. Notfalls werden wir auch die schwedische Presse informieren.

Der andere große Energieversorger auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die Mitteldeutsche Braunkohlen AG (MIBRAG) hat in einem Schreiben jede – auch moralische – Verantwortung von sich gewiesen. Sowohl Vattenfall und die MIBRAG, als auch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) wollen aber Mitte Mai mit der UOKG Gespräche führen. Wir werden die Firmen über die Realität der Zwangsarbeit in der Braunkohle informieren.

Die Reaktionen der angeschriebenen Handels- und Versandhäuser, die im Westen zu DDR-Zeiten in unterschiedlichem Umfang von der Häftlingsproduktion profitiert haben, waren insgesamt enttäuschend. Geschrieben haben wir an Aldi-Nord, Aldi-Süd, den Baur-Versand, C & A, Hertie, Kaufhof, den Otto-Versand (heute Otto-group), Quelle und Woolworth. Fast übereinstimmend haben die Firmen geantwortet, dass sie Zwangsarbeit heute verurteilen, nicht davon profitieren und heute über einen Ehrenkodex verfügen, der ihnen Zwangsarbeit verbietet. Nur einige Firmen haben eigene Nachforschungen angestellt, die aber durchweg ohne Ergebnis endeten. Wir haben angekündigt, unsere Recherchen weiter voranzutreiben und sowohl die Firmen als auch die Öffentlichkeit immer wieder mit neuen Ergebnissen zu konfrontieren.

Weiterhin in gutem Kontakt sind wir mit IKEA. Der Konzern hat seine eigene Verstrickung in die Zwangsarbeit zugegeben, um Entschuldigung gebeten. Er hat uns die grundlegende Forschungsarbeit finanziert, ohne die wir hätten kaum eine Forderung stellen können. Und er hat uns die Weiterarbeit ermöglicht. Die positive Grundhaltung von Ikea-Deutschland-Chef Peter Betzel, die er am 10. April 2015 in der Frankfurter Rundschau wiederholte, ist es wert, ausführlich zitiert zu werden:

„Wir stehen in sehr engem Kontakt mit der größten Opfervereinigung, der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Wir haben ja auch die Untersuchung zur Zwangsarbeit in der DDR mitfinanziert und ich habe mich im Namen von Ikea für das was passiert ist entschuldigt. Die UOKG versucht momentan, andere Firmen – die ebenfalls Zwangsarbeiter beschäftigt haben – und die Politik an einen runden Tisch zu holen, damit gemeinschaftlich über einen solchen Fonds geredet werden kann. Da sind wir natürlich bereit, unseren Beitrag zu leisten.“

Wenn ein solches Signal auch von anderen Vertretern der Wirtschaft käme, wären wir schon einen großen Schritt weiter.

5. Politik

In fast allen Gesprächen, die wir mit Vertretern der Politik bisher geführt haben, wurde uns überwiegend zu verstehen gegeben, dass unsere Forderungen nach Entschädigung der Zwangsarbeit nicht durchsetzbar seien. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass wir uns keine Einzelfallregelung wünschen, weil dann Häftlinge, die ihren Einsatz nicht nachweisen können, zwangsläufig leer ausgehen müssten. Wir haben argumentiert, dass eine deutliche Erhöhung der Opferpension eine derartige Entschädigung einschließen könnte. Ergänzt werden könnte diese Maßnahme noch durch einen freiwilligen Fond aus der Wirtschaft, aus dem sich Hilfen für notleidende Mithäftlinge speisen könnten. Doch für dieses Modell, das noch juristisch geprüft werden müsste, hat sich bisher niemand ernsthaft interessiert. Offener haben sich Politiker, unter ihnen die Ostbeauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder, Staatssekretärin Iris Gleicke, für einen Ausbau der Beratungstätigkeit gezeigt. Einer solchen Regelung müsste man allerdings entgegenhalten, so sagte auch eine Häftlingsberaterin, dass damit die Beratung darauf hinausläuft, den Betroffenen zu raten, einfach mit ihrer finanziellen Notlage zufrieden zu sein. Wir brauchen beides: ein verbessertes Beratungssystem für die Aufarbeitung der persönlichen Folgen und gleichzeitig eine wie auch immer geartete finanzielle Anerkennung.

Der einzige Politiker, der sich bisher in dieser Richtung ausgesprochen hat, war der Bundestagsabgeordnete Kai Wegner (CDU) anlässlich der Veranstaltung mit der Deutschen Bahn. Er soll hier auch ausführlich zitiert werden:

„Wünschenswert wäre es, gemeinschaftlich einen Fonds aufzulegen, mit Hilfe dessen weitere einschlägige Forschungs- und Aufklärungsarbeit finanziert werden könnte. Auch könnte darüber nachgedacht werden, aus diesem Fonds besondere soziale Härtefälle materiell zu entschädigen. Ich hielte es für sehr begrüßenswert, wenn Gespräche über die Einrichtung eines solchen Opferfonds aufgenommen werden könnten.“

Fazit

Besonders denjenigen ehemaligen politischen Häftlinge, die weiter die Folgen der Zwangsarbeit und Haft in der DDR ertragen müssen, hätten wir gerne

bessere Nachrichten verkündet, als die kleinen Fortschritte, die dem Bericht zu entnehmen sind. Doch wir haben keine großen Geldmittel, keine eigene Lobby, keine großen Personalbestände, keinen bevorzugten Zugang zur Presse... Mit dem, was wir haben, gehen wir sparsam um, so dass der Fortgang des Projektes bis Ende 2016 einigermaßen gesichert ist. Erfreulich ist, dass unser Engagement auch auf andere überspringt: Es entstehen Sendungen, Forschungsprojekte, Ausstellungen und Initiativen, die wir nicht mehr unmittelbar organisiert haben. Auch in Osteuropa wird man hellhörig. Die Zwangsarbeit im kommunistischen System wird erstmalig Thema auf einem Kongress der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V. (InterAsso). Wir werden beharrlich weiter arbeiten.

10

Lassen Sie mich noch einmal auf den Eingang meines Berichtes zurückkommen. Der Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenwürde hat in vielen Fällen Jahrzehnte gedauert. Und auch dann war das Ergebnis meist nicht zufriedenstellend. Doch wo wäre diese Welt heute, wenn es nicht diesen Einsatz der meist wenigen gegen eine große Mehrheit gegeben hätte? Nicht um Geduld bitten wir Sie, die ehemaligen politischen Häftlinge, sondern weiter um Ungeduld – die aber mit Augenmaß.

Dr. Christian Sachse
Beauftragter der UOKG
zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR
Tel. Büro: 030 55 77 96 21
Handy: 0178 1974 9 08
Info: www.ddd-zwangsarbeit.info
www.christian-sachse.de